

Forum

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **164 (1998)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Mahnmal des schlechten Beispiels! (CR)

Aus «Soldat» (österreichische Soldatenzeitung vom 18.4.98)

«Jetzt haben wir das Ergebnis. Weder die NATO noch die WEU ist eine Option für unsere Sicherheit. NATO ist gleichbedeutend mit USA, wird uns suggeriert, und die sind so lange nicht unsere Brüder, solange sie nicht auch unseren grossen Bruder in der Internationalen und «Beschützer des nahen Auslandes» in das Bündnis lassen, denkt man. Wir bleiben das, was wir sind: immerwährend neutral. Das hat die Bundesregierung entschieden, denn einen besseren Entschluss hat man nicht zustande gebracht. Ja im Gegenteil, wir werden «die Neutralität ausbauen», so kann man es von Wahlwerbenden plakatiert lesen. Wir verlassen uns auf uns selbst – in einem sich zusammenschliessenden Europa. Hervorragend oder nicht? Dass uns die anderen europäischen Partner fragen, wem gegenüber wir denn dauernd neutral sein wollen, darf uns nicht wundern. Was wir darauf antworten? «Wir sind für eine eigenständige europäische Sicherheitspolitik – möglichst gemeinsam mit den anderen zwei Bündnispartnern.»

Die sind zwar nicht «immerwährend neutral» wie wir, aber immerhin im Moment «allianzfrei». Und im nächsten Moment kann sich ja das Blatt wenden. Aber nicht für uns, denn wir wollen «immerwährend neutral» bleiben und uns ja nicht einmal eine mögliche Perspektive in eine andere Richtung offenlassen. Also doch ein Bündnis unter Neutralen? Nein. Was denn dann? Mitglied der UNO, der OSZE – also immer das, wo auch unsere «Brüder» im weiten Osten dabei sind. Denn die wollen ja schliesslich auch nicht, dass wir zur WEU oder zur NATO gehen. Genau so wie die «Friedensbewegten», die schon immer auf dem linken Auge blind waren. (Der Tageszeitung «Die Presse» ist dazu zu entnehmen: «Seit neuerdings in Stasi-Archiven der Nachweis gefunden worden ist, dass tatsächlich DDR-Gelder an die Friedensbewegung geflossen sind – dieser Vorwurf galt damals als Propaganda –, spricht manches für die These der kommunistischen Einflussnahme.») Wie ohnmächtig die UNO- und OSZE-Politik ist, wenn Moskau nicht will, sieht man gerade im Kosovo.

Jetzt, wo präventiv mit einer wirkungsvollen Sanktionsdrohung gegen Belgrad ein breitflächiger Kosovo- und Balkan-Krieg zu vermeiden wäre, verhindert Moskau jede wirkungsvolle Massnahme. Diese Art einer «europäischen Sicherheitsstruktur», in der das russische Njet alles blockiert, ist zum Scheitern verurteilt. Aber das ist offensichtlich unsere Perspektive. Mit Russland reden und verhandeln, ja, aber sich von ihm abhängig machen, das kann nur ein sehr «linientreuer Genosse» wollen. Ein verlässlicherer Freund und Partner waren allerdings noch immer die USA. Im Zweiten Weltkrieg genau so wie im Kalten Krieg und im letzten Balkan-Krieg. Aber das wollen die «international Verbrüderten» nicht wahrnehmen. Als Alternative ist man plötzlich nun «für ein starkes Bundesheer». Nachdem man es durch Jahrzehnte hindurch finanziell, materiell und personell ausgehungert hat und dies fortsetzt, klingt das – wie alles andere Geschwafel um die «Sicherheits»-Politik – nur noch als Hohn.»

Observer

Über den Tisch gezogen

Zu ASMZ 6/98 Editorial (Auszug)

Die Reduktion des Militärbudgets am runden Tisch um weitere 540 Millionen Franken manifestiert eindeutig: Die Spitzen der bürgerlichen Parteien haben sich von SP-Koch und Genossen über den Tisch ziehen lassen. Bundesrat Villiger wie auch der abwesende Vorsteher des EMD/VBS, Bundesrat Ogi, sind mitverantwortlich für dieses Debakel. Welches sind die Konsequenzen dieses Versagens im politischen Bereich, welche Korrekturmöglichkeiten bestehen?

1. «Was nichts kostet, ist nichts wert.» Die junge Generation, vor allem der Teil, der Militärdienst leisten (muss), sieht die Notwendigkeit, Militärdienst zu leisten, nicht mehr oder erst recht nicht mehr ein. Das böse Wort vom «Trachtenverein» wird Wurzeln schlagen.

2.1. Sollte am 7. Juni die Vorlage «Haushaltziel 2001» abgelehnt werden, so müssen alle Bürgerlichen, die über das unüberlegte Handeln, das Versagen der Parteispitzen von FdP, SVP und CVP erbittert sind, diesen den Marsch blasen: Die

Zusagen, die im Hinblick auf das Haushaltsziel 2001 am runden Tisch gegeben worden sind, werden annulliert – so auch die verantwortungslose Reduktion der Militärausgaben. Ständerat Loretan (FdP/Aargau) könnte sehr wohl der Wortführer der freisinnigen Basis sein. Eine Ablehnung der wichtigen Vorlage ist so unmöglich nicht: Die linke Demagogie, der wohl vorbereitete Dolchstoss von Stich, verbunden mit der Hilflosigkeit von Villiger («Ich bin enttäuscht») werden viele veranlassen, mit «Nein» zu stimmen. Es ist aber damit zu rechnen, dass auch Bürgerliche die Vorlage ablehnen in der Hoffnung, dass nachher der runde Tisch – d.h. dessen Ergebnis – zu Kleinholz gemacht wird.

2.2. Wird die Vorlage angenommen, so müssen die bürgerlichen Parteien – wohl oder übel – zu den Resultaten des runden Tisches stehen. Das heisst aber noch lange nicht, dass die Spitzenleute Steinegger, Durrer und Maurer sowie ihre Entourage zur Tagesordnung übergehen dürfen. Sie haben – möglichst gemeinsam – alle Mittel und Wege zu erkunden, um im Laufe der nächsten Jahre die Positionen, die sie in verantwortungsloser Weise verloren haben, zurückzuerobieren und entsprechend vorzugehen. Sollten sie vor Erreichen dieser Ziele abtreten, so müssten sie für entsprechend eingeschworene Nachfolger sorgen. 12 Stunden Blabla können uns sehr teuer zu stehen kommen.

Jürg W. Meyer,
5430 Wettingen

Militär und Bundesfinanzen

(Auszug)

Ausgerechnet Militärkreise machen gegen das am runden Tisch erzielte Resultat mobil. In der Juni-Ausgabe der ASMZ läuft deren Chefredaktor Sturm gegen den «ungerechten Stabilisierungspakt». Was ein politischer Einigungsprozess war, wird als «Zufallsentscheid» bezeichnet. Dessen Ursache wird in der Abwesenheit des Chefs des VBS bei den Verhandlungen gesucht. Wie wenn die Aufgabe des Verteidigungsministers sich nur auf den Militärbereich und nicht auf die gesamten Landesinteressen zu beziehen hätte. Dem Gesamtbundesrat wird unterstellt, sich nicht etwa aus Einsicht in das Fehlen besserer

Alternativen, sondern lediglich aus Loyalität hinter den «fragwürdigen Kompromiss» zu stellen. Die Parlamentarier werden aufgerufen, das «rechtlich dubiose» Moratorium zu kippen. Der Zentralpräsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft verspricht in der gleichen Nummer der ASMZ im Namen der SOG und vieler anderer Militärorganisationen, sich gegen diese «Irrfahrt der Finanzpolitik» zur Wehr zu setzen. Man hört von Referendumsdrohungen.

Die Militär-Oponenten gegen das Resultat des runden Tisches sind nicht die einzigen, denen unsere Armee am Herzen liegt. Wir müssen uns aber bemühen, den *Blick für das Ganze* nicht zu verlieren. Würden, im Parlament oder gar auf dem Wege des Referendums, die Ausgabenkürzungen auf dem Militärssektor rückgängig gemacht, so droht das «Aus» für die erzielte Einigung über die Haushaltssanierung. Will man nicht erkennen, dass in unserem Lande meist eine jede grosse Partei, ja mitunter sogar eine unbekannte Gruppierung, für sich allein in der Lage ist, Finanzvorlagen zu torpedieren? Glaubt man denn allen Ernstes, dass in einem hoffnungslos defizitären Bundeshaushalt mehr Platz für die Bedürfnisse der Armee vorhanden wäre? Haben die Militär-Oponenten *mehrheitsfähige* Alternativlösungen zur Kompensation wegfallender Sparbeträge im Armeesektor zu bieten? Vergessen ausgerechnet Armeekreise die staatstragende Rolle, die dem Bürger und ganz besonders jedem Offizier im *Gesamtinteresse* unseres Landes abverlangt wird? Der Widerstand gegen das Resultat des runden Tisches kann das Land und damit auch die Armee teuer zu stehen kommen.

Oberst a.D. Oswald Aeppli
8700 Küsnacht

Es wird offensichtlich übersehen, dass

– die Armee der einzige Partner des runden Tisches ist, der selber «böser gerupft» wurde

– die Armee in vorausweisendem Gehorsam schon vor dem runden Tisch, quasi freiwillig rund 8 Mrd. Franken eingespart hat.

Irgendwann überläuft das Fass auch bei den Milizfreunden!

Red. ■